

Inhaltsübersicht

Vorwort	VII
Inhaltsverzeichnis	XI
Abbildungsverzeichnis	XXVII

Einführung und Bedeutung des Themas in der modernen Medienlandschaft	1
A. Moderne Kommunikationsplattformen: Soziale Netzwerke im Internet . .	2
B. Moderne Darstellungstechniken	14
C. Problemaufriss und weiterer Gang der Darstellung	24

Kapitel 1: Strukturprinzipien des Rechts am eigenen Bild im Zeitalter moderner Darstellungsszenarien	29
A. Charakteristika menschlicher Wahrnehmung von Personenbildern	31
B. Die Entwicklung des Rechts am eigenen Bild	53
C. Resultierende Strukturprinzipien des Rechts am eigenen Bild	121

Kapitel 2: Integration des Rechts am eigenen Bild in der modernen Rechtsordnung	129
A. Vorzeichnung des Rechts am eigenen Bild als Teil des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	134
B. Verortung des Rechts am eigenen Bild im Grundgesetz	141
C. Ausgestaltung des strafrechtlichen Schutzes des Rechts am eigenen Bild	196
D. Der Einfluss der europäischen Datenschutzgrundverordnung (DS-GVO) auf das Recht am eigenen Bild	228
E. Zusammenfassende Schlussfolgerungen zur Integration des Rechts am eigenen Bild in der modernen Rechtsordnung	246

Kapitel 3: Der Strafrechtliche Bildnisschutz in modernen Darstellungsszenarien de lege lata	249
A. Das Tatobjekt des Bildnisses im Sinne des § 22 KUG	250
B. Die Tathandlungen von § 33 KUG	311
C. Die Einwilligung nach § 22 S. 1 KUG	411
D. Einwilligungsfreie Veröffentlichungen nach § 23 KUG	459
 Kapitel 4: Der strafrechtliche Bildnisschutz in modernen Darstellungsszenarien de lege ferenda	 665
A. Unzulänglichkeiten des geltenden strafrechtlichen Bildnisschutzes in § 33 KUG	 666
B. Eigener Vorschlag	667
 Schluss	 675
A. Rekapitulation der gewonnenen Erkenntnisse	675
B. Ausblick zur Notwendigkeit des strafrechtlichen Repräsentationsschutzes	676
 Literatur	 679
Sachregister	733

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abbildungsverzeichnis	XXVII

Einführung und Bedeutung des Themas in der modernen Medienlandschaft	1
---	---

<i>A. Moderne Kommunikationsplattformen: Soziale Netzwerke im Internet . . .</i>	2
--	---

I. Personenbilder bilden Meinungsbilder – Kommunikation durch Bilder	6
II. Personenbilder bilden Persönlichkeitsbilder – Selbstdarstellung	8
III. Ausblick – Fortwährender Trend zu bildhaften Kommunikationsformen	12

<i>B. Moderne Darstellungstechniken</i>	14
---	----

I. Die Digitalfotografie als Wegbereiter moderner Darstellungstechnik . .	14
II. Dreidimensionale Rekonstruktionsmethoden	16
1. <i>Scanning</i>	16
2. Photogrammetrie	17
III. Künstliche Intelligenz und Maschinelles Lernen als Ausgangspunkt für weitere neue bildhafte Darstellungsformen	18
IV. Ausblick – Augmented Reality und imaginärer Fotorealismus	23

<i>C. Problemaufriss und weiterer Gang der Darstellung</i>	24
--	----

I. Renaissance des strafrechtlichen Schutzes des Rechts am eigenen Bild	26
II. Zielsetzung und weitere Vorgehensweise	28

Kapitel 1: Strukturprinzipien des Rechts am eigenen Bild im Zeitalter moderner Darstellungsszenarien	29
---	----

<i>A. Charakteristika menschlicher Wahrnehmung von Personenbildern</i>	31
--	----

I. Die Unmittelbarkeit menschlicher Bildrezeption	32
1. Relationsspektrum, Informationsgehalt und Informationsdichte von Bildern	33
2. Hohe Geschwindigkeit der Rezeption	34
3. Wirklichkeitssuggestion isomorph-realistischer Darstellungen	35

4. Hohes Emotionalisierungspotential	37
5. Bildüberlegenheitseffekt	39
6. Hohe Aufmerksamkeitsrate	40
7. Multimediale Kombinationsaffinität bildlicher Darstellungen	43
II. Charakteristika des konkreten Bildobjekts Mensch	45
1. Nonverbale Kommunikationsdimensionen von Personenbildern	45
a) Rezipient: Generalisierende Urteile über das Wesen der dargestellten Person	46
b) Dargestellter: Selbstdarstellung als <i>conditio humana</i>	49
c) Verifikation	50
2. Schlussfolgerungen für das Veröffentlichen von Personenaufnahmen gegen den Willen des Abgebildeten	51
III. Zwischenergebnis für die Charakteristika menschlicher Wahrnehmung von Personenbildern	52
<i>B. Die Entwicklung des Rechts am eigenen Bild</i>	53
I. Das Verbreiten von Personendarstellungen im frühen Altertum	53
1. Frühes Bestehen von Sensibilität für das Zeigen von Personenabbildungen	54
2. Schlussfolgerungen zur Verbreitung von Personenaufnahmen im frühen Altertum	56
II. Das Verbreiten von Personendarstellungen in der Antike	57
1. Das Aufkommen von Herrscherbildnissen in Form von Idealen	57
2. Schutz individueller Personendarstellungen im antiken Theater	58
3. Das Aufkommen römischer Portraitskulpturen	60
4. Das <i>Ius Imaginum</i>	61
5. Schlussfolgerungen für das Verbreiten von Personendarstellungen in der Antike	62
III. Das Verbreiten von Personendarstellungen im Mittelalter	63
1. Christliche Bildzensur und „Erster Bilderstreit“	63
2. Verbreitung von Wallfahrtsbildern	65
3. Das Wappen und das Wappenrecht	65
4. Das Siegel und das Siegelrecht	67
5. Entstehung des Bildnisses im kunsthistorischen Kontext	68
6. Executio in effigie und Schandgemälde	69
7. Erfindung neuer Bildmedien	72
8. Schlussfolgerung zum Verbreiten von Personendarstellungen im Mittelalter	72
IV. Das Verbreiten von Personendarstellungen in der Neuzeit	74
1. Reformatorischer Bildersturm ab Mitte des 16. Jahrhunderts	74
2. Folgen des Bildersturms für die Bildwahrnehmung nach der Renaissance	76

3. Erfindung der analogen Fotografie 1816	77
a) Frühe Entwicklungen in Deutschland	77
b) Entwicklung der Portraitfotografie in Deutschland	78
c) Massen- und Amateurfotografie in Deutschland	80
d) Fotomechanische Druckverfahren	80
4. Erste Normierungsbemühungen zum Schutz des Abgebildeten in Deutschland	81
a) Gesetzesentwurf des Börsenvereins deutscher Buchhändler 1857	82
b) Petitionen der Berufsfotografen zum Schutz vor Nachbildung in den 1860er Jahren	82
c) Das bayrische Urhebergesetz vom 28. Juni 1865 – G 1865	83
d) Erste Erwägungen zur schutzwürdigen Position des Abgebildeten – NBE I (1868)	83
e) Urheberrechtsgesetze v. 9. und 10. Januar 1876	85
5. Frühe Triebe des Eigenbildschutzes in der Rechtswissenschaft	86
6. Resultierende Problemfälle der Rechtsprechung um die Jahrhundertwende	88
a) Dame im Badekostüm – RG vom 29. November 1898	88
b) Bismarck auf dem Totenbett – RGZ 45, 170 vom 28. Dezember 1899	89
c) Damenportrait – RGSt 33, 295 vom 26. Mai 1900	92
d) Privatdetektiv – OLG Hamburg vom 20. November 1900	93
e) Haarfärbemittel Unter den Linden – LG Berlin vom 21. Februar 1902	94
f) Reklameplakat für Hoffriseur – Kammergericht vom 27. Mai 1902	96
7. Wissenschaftlicher Diskurs um die Jahrhundertwende zum Recht am eigenen Bild	97
a) <i>Keyßner</i> – Das Recht am eigenen Bilde 1896	98
b) <i>Gareis</i> – Gutachten zum 26. Deutschen Juristentag 1902	99
c) <i>Cohn</i> – Neue Rechtsgüter 1902	100
d) <i>Kohler</i> – Das Eigenbild im Recht 1903	101
e) <i>Rietschel</i> – Das Recht am eigenen Bilde 1903	103
8. Schlussfolgerungen für das Verbreiten von Personenaufnahmen in der Neuzeit	104
V. Das Verbreiten von Personendarstellungen in der neuesten Geschichte bis zur Genese des Rechts am eigenen Bild	106
1. Entwurf und Begründung zu einem Gesetz betreffend an Werken der Fotografie 1902	107
2. Zusammenführung von Kunst- und Photographieschutzgesetz in einem Entwurf 1904	110
3. Der Folgeentwurf von 1905 und dessen Begründung	112
4. Erste Beratung des Gesetzesentwurfs am 25. Januar 1906	114
5. Beratungen der X. Kommission	115

6. Zweite und dritte Beratung des resultierenden Gesetzentwurfs 1906	117
7. Schlussfolgerungen aus der Schaffensphase bis zur Genese des Rechts am eigenen Bild	119
<i>C. Resultierende Strukturprinzipien des Rechts am eigenen Bild</i>	121
I. Die Repräsentation der abgebildeten Person	122
1 „Anwesenheitsmachung“ einer abwesenden Person beim Rezipienten	122
2. Kongruenz der visuellen Wahrnehmung von Personenbild und abgebildeter Person	122
3. Fortbestand der Zuschreibung der Informationsentäußerung	123
4. Verhältnis von Ehrschutz- und Persönlichkeitsschutz bei der Repräsentation	124
5. Erkennungsmerkmale einer Repräsentation	125
6. Die Repräsentation der Angehörigen	126
II. Fazit	126
1. Das Ob der Präsentation	126
2. Das Wann, Wo und Wie der Präsentation	127
3. Grenzen	127
 Kapitel 2: Integration des Rechts am eigenen Bild in der modernen Rechtsordnung	 129
<i>A. Vorzeichnung des Rechts am eigenen Bild als Teil des allgemeinen Persönlichkeitsrechts</i>	<i>134</i>
I. Ausgangspunkt: Das Recht am eigenen Bild als besonderes Persönlichkeitsrecht	134
II. Das allgemeine Persönlichkeitsrecht als „Mantelrecht“ des Rechts am eigenen Bild	136
1. „Spätheimkehrer“ – BGH v. 10.05.1957	138
2. „Vor unserer eigenen Tür“ – BGH v. 16.09.1966	139
<i>B. Verortung des Rechts am eigenen Bild im Grundgesetz</i>	<i>141</i>
I. Die verfassungsgerichtliche Anerkennung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	142
1. Schutz eines absolut geschützten Persönlichkeitskerns seit der „Elfes“-Entscheidung	142
2. Abschichtung geschützter Persönlichkeitsbereiche seit der „Mikrozensus“-Entscheidung	144
3. Ausdrückliche Anerkennung mit der „Soraya“-Entscheidung	146
II. Verfassungsrechtlicher Gewährleistungsgehalt des allgemeinen Persönlichkeitsrechts und die Einbettung des Rechts am eigenen Bild	148
1. Verschiedene Gewährleistungsdimensionen des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	151

2. Ausgangspunkt der zwei Dimensionen des Persönlichkeitsschutzes	152
3. Möglichkeiten zur Sicherung einer Garantie individueller Identitätsbildung	154
a) Garantie von Raum zur Persönlichkeitsentfaltung	156
aa) Die Garantie räumlicher Rückzugsorte ohne räumlichen Sozialbezug	156
bb) Systematisierung der Rückzugsräume in Sphären der Privatheit	157
cc) Thematische Durchbrechungen des streng-örtlichen Sphärenkonzepts	161
(1) Erweiterungen des räumlichen Sozialbezugs in den §§ 22, 23 KUG	163
(a) Die Zeitgeschichtlichkeit einer Bildnisveröffentlichung als primäre Durchbrechung des räumlichen Sphärenkonzepts in § 23 I Nr. 1 KUG	165
(b) Bilder einer Landschaft oder Örtlichkeit mit Personen als Ausprägung des räumlichen Sphärenkonzepts in § 23 I Nr. 2 KUG	168
(c) Bilder von Versammlungen, Aufzügen und ähnlichen Vorgängen als gewandelte thematische Durchbrechung des räumlichen Sphärenkonzepts in § 23 I Nr. 3 KUG	170
(d) Höheres Interesse der Kunst als thematische Durchbrechung des räumlichen Sphärenkonzepts in § 23 I Nr. 4 KUG	171
(e) Die berechtigten Interessen des Abgebildeten in 23 II KUG als thematische Durchbrechung des räumlichen Sphärenkonzepts	172
(2) Zwischenergebnis zu den §§ 22, 23 KUG als thematische Durchbrechungen des räumlichen Sphärenkonzepts	173
b) Die Garantie einer Selbstbestimmung zur Persönlichkeitsentfaltung	173
aa) Garantie der Selbstdarstellung in der Öffentlichkeit	174
(1) BVerfGE 34, 238 – „Tonband“ vom 31. Januar 1973	175
(2) BVerfGE 35, 202 – „Lebach“ vom 5. Juni 1973	176
(3) BVerfGE 101, 361 – „Caroline von Monaco II“ vom 15. Dezember 1999	178
bb) Garantie der informationellen Selbstbestimmung	180
(1) Schnittmengen des einfachgesetzlichen Rechts am eigenen Bild in den §§ 22, 23 KUG mit der informationellen Selbstbestimmung	184
(a) Die Erkennbarkeit im Bildnisbegriff der §§ 22 ff. KUG als Hürde des einfachgesetzlichen Bildnisrechts zum Recht auf informationelle Selbstbestimmung	184

(b) Die Veröffentlichungshandlungen in § 22 ff. KUG als Hürde des einfachgesetzlichen Bildnisrechts zur informationellen Selbstbestimmung	186
(2) Neujustierung der informationellen Selbstbestimmung – „Recht auf Vergessen I“	186
III. Zwischenergebnis zur Rolle des Rechts am eigenen Bild für die verfassungsrechtlich garantierte Persönlichkeitsentfaltung	189
IV. Das „postmortale Recht am eigenen Bild“ als besondere Konstellation	192
<i>C. Ausgestaltung des strafrechtlichen Schutzes des Rechts am eigenen Bild</i>	196
I. § 33 KUG in der Fassung vom 01. Januar 1975	196
II. § 201a StGB in der Fassung vom 22.09.2021	199
1. Die erste Fassung des § 201a StGB vom 06.08.2004	200
2. Erste Novelle und zweite Fassung des § 201a StGB vom 27.01.2015	203
3. Zweite Novelle und dritte Fassung von § 201a StGB vom 01.01.2021 sowie angepasste Fassung vom 22.09.2021	207
III. § 184k StGB in der Fassung vom 01.01.2021	211
IV. Exkurs: § 238 I Nr. 6 StGB in der Fassung vom 01.10.2021	214
V. Zusammenfassende Schlussfolgerungen zur aktuellen Ausgestaltung des strafrechtlichen Schutzes des Rechts am eigenen Bild	219
1. Andauernde Unwägbarkeiten durch unterschiedlichen Rechtsgüterbezug	219
2. Verknüpfung der bisherigen Erkenntnisse anhand der Ausrichtung des strafrechtlichen Schutzes vor Bildaufnahmen am Recht am eigenen Bild	224
<i>D. Der Einfluss der europäischen Datenschutzgrundverordnung (DS-GVO) auf das Recht am eigenen Bild</i>	228
I. Sinn und Zweck der DS-GVO und die übergeordnete Problematik zur Auswirkung auf das deutsche Bildnisrecht	229
II. Durchführung der DS-GVO anhand deren Einbettung in andere Regelwerke	231
III. Das einfachgesetzliche Recht am eigenen Bild als paralleles Altgesetz zur DS-GVO	232
1. Die Kontroverse um die Einpassung des KUG in die Öffnungsklauseln der DS-GVO als bisheriger Dreh- und Angelpunkt für die weitere Anwendbarkeit der §§ 22 ff. KUG	233
a) Art. 85 II DS-GVO als Einfallstor für das KUG	233
b) Art. 85 I DS-GVO als Einfallstor für das KUG	234
2. Stellungnahme zur weiteren Anwendbarkeit des KUG	236
a) Zu den Öffnungsklauseln der DS-GVO und deren Durchlässigkeit für das KUG	237
aa) Zu Art. 84 I DS-GVO	237

bb) Zu Art. 85 DS-GVO	238
b) Zum bislang vernachlässigten Verhältnis von DS-GVO und KUG	240
aa) Eigener Anwendungsbereich des KUG bei Verstorbenen	240
bb) Kein eigener Anwendungsbereich des KUG aufgrund der Haushaltsausnahme in sozialen Netzwerken	241
cc) Eigener Anwendungsbereich des KUG aufgrund der Verdrängung der informationellen Selbstbestimmung durch die Kommunikationsfreiheiten	244
3. Zwischenergebnis zum Einfluss des Europäischen Datenschutzes (DS-GVO) auf das Recht am eigenen Bild	245
<i>E. Zusammenfassende Schlussfolgerungen zur Integration des Rechts am eigenen Bild in der modernen Rechtsordnung</i>	<i>246</i>
 Kapitel 3: Der Strafrechtliche Bildnisschutz in modernen Darstellungsszenarien de lege lata	 249
<i>A. Das Tatobjekt des Bildnisses im Sinne des § 22 KUG</i>	<i>250</i>
I. Menschliches Erscheinungsbild	253
1. Fragen zum personalen Anwendungsbereich	253
a) Kein Recht am eigenen Bild juristischer Personen oder Sachen	254
b) Kein pränatales Recht am eigenen Bild	255
c) Abbildungen Verstorbener zu Lebzeiten	255
d) Abbildungen von Leichen	257
2. Fragen zum sachlichen Anwendungsbereich	260
a) Reduzierung auf unmittelbar rezipierbare Abbildungen	261
b) Mindestvoraussetzung eines menschlichen Körperteils	263
c) Mindestanforderungen an die Beschaffenheit des menschlichen Erscheinungsbilds	265
d) Kein Ausschluss des Anwendungsbereichs bei „Bildern“ im Sinne des § 23 KUG	266
e) Äußerlichkeit des menschlichen Erscheinungsbilds	268
f) Echtheit des menschlichen Erscheinungsbilds am Beispiel von Deepfakes	269
g) Unmenschliche Gesamterscheinungsbilder	273
II. Erkennbarkeit der abgebildeten Person	274
1. Erkennungskriterien für ein Bildnis im Sinne des § 22 KUG	276
a) Darstellung des Meinungsstands	276
b) Eigene Erwägungen zur Heranziehbarkeit von Merkmalen für die Erkennbarkeit	280
aa) Wortlaut und Bildnishaushalt	280
bb) Systematische Erwägungen	282
cc) Teleologische Aspekte	285

dd) Schlussfolgerung für die Heranziehbarkeit von Merkmalen für die Erkennbarkeit im Sinne des § 22 KUG: Universaler Erkennbarkeitsbegriff	288
2. Relevanter Bezugspunkt für die Erkennbarkeit	290
a) Parallelität des Erkennbarkeitsmaßstabs von Wort- und Bilddarstellungen	290
b) Der „mehr oder minder große Bekanntenkreis“ als relevanter Maßstab	292
c) Eigene Erwägungen zum „mehr oder minder großen Bekanntenkreis“	293
III. Resultierende Schlussfolgerungen für umstrittene Konstellationen . . .	296
1. Divergenz zwischen „Identifizierbarkeit“ und „Erkennbarkeit“ im Rechtssinne	297
2. Sukzessive Erkennbarkeit von menschlichen Erscheinungsbildern . .	298
3. Keine Differenzierung zwischen Erkennbarkeit und Erinnerung oder einer sonstigen Rekonstruktion der Zuordenbarkeit	298
4. Ablehnung einer Wechselbeziehung zwischen der Erkennbarkeit und der Intensität des Abbildungsinhalts	299
5. Mehrdeutige Bildnisse	300
a) Schauspieler, Doppelgänger und <i>look-alikes</i> in der Rechtsprechung	300
b) Eigene Erwägungen zu mehrdeutigen Bildnissen	305
aa) Trennbarkeit des Rechts am eigenen Bild in einem menschlichen Erscheinungsbild	305
bb) Das optische Urbild als Maßstab des Rechts am eigenen Bild	306
cc) Relativierung des Typus und der Absolutheit der Namensnennung als Erkennungsmerkmale	308
dd) Offensichtliche Manipulationen des menschlichen Erscheinungsbilds am Beispiel von sogenannten <i>face blends</i> und <i>face swaps</i>	309
IV. Zusammenfassende Abschlusserwägungen zum Tatobjekt	311
B. Die Tathandlungen von § 33 KUG	311
I. Das Verbreiten im Sinne des § 33 I Var. 1 KUG	313
1. Die Körperlichkeitsdimension des bildnisrechtlichen Verbreitungsbegriffs	317
a) Das klassische Begriffsverständnis medienstrafrechtlicher Vorschriften nach presserechtlichem Vorbild	318
b) Der internetspezifische Verbreitungsbegriff der Rechtsprechung	321
c) Kritik am internetspezifischen Verbreitungsbegriff durch die Literatur	322
d) Reaktion des Gesetzgebers durch die Neujustierung des § 11 III StGB durch das 60. StrÄndG vom 30. November 2020	323

e) Zur Übertragbarkeit des strafrechtlichen (Inhalts-)Verbreitensbegriffs auf § 33 KUG	324
2. Mindestanforderung an das Verbreiten im Sinne einer Adressatenmehrheit	327
a) Orientierung der bildnisrechtlichen Literatur am kernstrafrechtlichen Verbreitungsbegriff	327
b) Rechtsprechung zum kernstrafrechtlichen Verbreiten: Ketten- und Mengenverbreitung unter korrigierender Anknüpfung an ein finales Element	328
c) Erwägungen des Gesetzgebers zur Reformierung der Schriftenverbreitungsdelikte	330
d) Rechtsprechung zu § 22 ff. KUG: Tendenz zur einzelfallbezogenen Auslegung des Verbreitensbegriffs	331
aa) Vorlage bei Gericht	331
bb) Presseinterne Verbreitungen	332
e) Zusammenfassende Schlussfolgerungen	334
3. Problematische Konstellationen bei Heranziehung des Verbreitensbegriffs der kernstrafrechtlichen Inhaltsdelikte	335
a) Vollendung des Verbreitens	335
aa) Ausbleibende Speicherung auf dem Rechner	337
bb) Verbreiten eines digitalen Schlüssels oder digitalen Pfads	338
cc) Rückholmöglichkeiten des Absenders durch Löschfunktionen und Einmalansichten	338
dd) Eigener Vorschlag: Kontrollmöglichkeit des Absenders als maßgebliches Kriterium	340
b) Verbreiten an einzelne Personen	342
aa) Zu presseinternen Verbreitungen	342
bb) Zur teleologischen Reduktion des Verbreitensbegriffs bei der Vorlage an Gerichte	344
cc) Finale Anforderungen für Einzelverbreitungen	345
II. Das öffentliche Zurschaustellen im Sinne des § 33 I Var. 2 KUG	347
1. Allgemeine Grundsätze des öffentlichen Zurschaustellens in § 33 I Var. 2 KUG	350
a) Mehrzahl von Personen	351
b) Finales Element der Bestimmung innerhalb der Handlung	351
c) Einschränkung der Öffentlichkeitszugehörigkeit durch das Merkmal der Verbundenheit	354
d) Unionsrechtliche Einflüsse auf diese Grundsätze	355
e) Resümee und weitere Stellungnahme	357
2. Das öffentliche Zurschaustellen durch internetspezifische Handlungen	361
a) Das Verweisen auf Bildnisinhalte im Internet	362

aa) Herkömmliches Verständnis von Verlinkungen in Anlehnung an die öffentliche Wiedergabe im Urheberrecht	363
bb) Unionsrechtliche Einflüsse auf die Bewertung von Verlinkungen	366
cc) Differenzierung zwischen Verbreitens- und Äußerungsdelikten	369
dd) Teile der Literatur: Keine Täterschaft aufgrund fehlender Tatherrschaft/Herrschaftsmacht über den verlinkten Inhalt . .	373
ee) Weitere Literaturansätze: Übertragung des Kriteriums des Zueigenmachens auch auf Verbreitensdelikte	374
ff) Vereinzelte Literaturstimmen: Strenge Orientierung am isolierten Wortlaut des Sichtbarmachens	375
gg) Resümee und weitere Stellungnahme	377
hh) Eigener Vorschlag für eine einschränkende Auslegung: Bildnisrechtliches Zueigenmachen und visuelle Tatherrschaft	380
(1) Sichtbarmachung eines Bildnisses	382
(2) Kein Verweis auf bereits bestehende Veröffentlichung . . .	383
(3) Strafbare (sukzessive) Beihilfe i. S. d. . . § 27 I StGB durch Verweis auf eine öffentliche Zurschaustellung	387
b) Übertragung der Ergebnisse auf Handlungen in sozialen Netzwerken im Internet	392
c) Öffentliches Zurschaustellen durch Unterlassen	393
aa) Unterlassungstat durch Nichtlöschen einer mittlerweile rechtswidrigen Bildnisveröffentlichung	394
(1) Grundkonstellation: Nachträglicher Eintritt der tatbestandlichen Voraussetzungen des § 33 I Var. 2 KUG	394
(2) Nachträglicher Eintritt von Rechtswidrigkeit und Schuld	401
bb) Beihilfe (durch Unterlassen) des Verweisenden durch Nichtlöschen seines Verweises	405
(1) Garantenstellung des Verweisenden bei nachträglich eingetretener Rechtswidrigkeit des Zielinhalts	407
(2) Garantenstellung des Verweisenden bei unvorsätzlichem Verweis auf rechtswidrigen Zielinhalt und nachträglichem Hinzutreten des Vorsatzes	409
cc) Nichtlöschen fremder Inhalte auf eigenen Pinnwänden oder Gruppen in sozialen Netzwerken	409
III. Kurze Zusammenfassung der gewonnenen Erkenntnisse zu den Tatvarianten	410
C. Die Einwilligung nach § 22 S. 1 KUG	411
I. Die rechtliche Entfaltungsebene der bildnisrechtlichen Einwilligung . .	412
II. Zur Rechtsnatur der bildnisrechtlichen Einwilligung	414
1. Die bildnisrechtliche Einwilligung nicht Geschäftsfähiger	419

a) Die bildnisrechtliche Einwilligung einsichtsfähiger Minderjähriger	420
b) Übertragung der Grundsätze auf das Phänomen des sogenannten <i>sharenting</i>	423
2. Bindungswirkung der bildnisrechtlichen Einwilligung	427
a) Allgemeine Grundsätze zur Nichtigkeit einer bildnisrechtlichen Einwilligung	428
b) Übertragung der Anfechtungsregeln auf die bildnisrechtliche Einwilligung	430
c) Widerruf der bildnisrechtlichen Einwilligung bei Annahme eines wichtigen Grundes	432
III. Zu den Anforderungen und der Reichweite einer bildnisrechtlichen Einwilligung	438
1. Zur ausdrücklichen Einwilligung in modernen Darstellungsszenarien nach § 22 KUG	442
a) Vorgaben zur Einbeziehung von AGB für eine bildnisrechtliche Einwilligung	442
b) Vorgaben hinsichtlich überraschender Klauseln für eine bildnisrechtliche Einwilligung	443
c) Vorgaben zum Transparenzgebot für eine bildnisrechtliche Einwilligung	445
2. Zur konkludenten Einwilligung in modernen Darstellungsszenarien nach § 22 KUG	446
a) Die Zustimmung zur Bildnisaufnahme als Einwilligung in ihre Veröffentlichung	449
b) Die Einwilligung durch das Einstellen eines Bildnisses ins Internet	451
IV. Das Verhältnis der bildnisrechtlichen Einwilligung zur rechtfertigenden Einwilligung in § 33 I KUG	454
D. Einwilligungsfreie Veröffentlichungen nach § 23 KUG	459
I. Einordnung von § 23 KUG als strafrechtlicher Rechtfertigungsgrund	459
II. Das Zeitgeschehen als zentrales Kriterium für zulässige einwilligungsfreie Veröffentlichungen nach § 23 I Nr. 1 KUG	460
1. Die historische Entwicklung des Begriffsverständnisses des Bildnisses aus dem Bereich der Zeitgeschichte im Sinne des § 23 I Nr. 1 KUG	460
a) Die Person der Zeitgeschichte und das Veranlassungsprinzip	461
b) Die frühe Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs	464
c) Die absoluten und relativen Personen der Zeitgeschichte	466
d) Rezeption in der Rechtsprechung und in der Literatur	469
e) Verhaltene Rezeption des Bundesverfassungsgerichts bis 1999	471
f) Zäsur durch die sogenannte Caroline-Rechtsprechung der deutschen Instanzgerichte	473

g) Die Caroline II-Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 15.12.1999	475
h) Die Entscheidung des EGMR vom 24. Juni 2004	478
i) Unmittelbare Auswirkungen der EGMR-Entscheidung auf die nationale Rechtsprechung	480
j) Etablierung des abgestuften Schutzkonzepts	483
k) Die „neue“ Person des öffentlichen Interesses	485
l) Fortbestehende Relevanz des Bekanntheitsgrads der abgebildeten Person im Rahmen des abgestuften Schutzkonzepts	487
m) Entscheidende Bedeutung des Informationswerts der Berichterstattung neben dem Bekanntheitsgrad der abgebildeten Person	489
n) Fortbestehende Ungewissheit über das Verhältnis von § 23 I Nr. 1 und § 23 II KUG	490
o) Zwischenergebnis zur Ermittlung des Bildnisses aus dem Bereich der Zeitgeschichte	492
2. Das Kriterium der Bekanntheit des Abgebildeten für das Zeitgeschehen	492
3. Das Kriterium des Informationswerts für die Öffentlichkeit für die Ermittlung des Zeitgeschehens	497
a) Der Informationswert von Bildnissen mit Bezug zur Politik . . .	498
b) Der Informationswert von Bildnissen mit Wirtschafts- und Berufsstandsbezug	500
c) Der Informationswert von Bildnissen bei kulturellen/ gesellschaftlichen Ereignissen	501
d) Zum Informationswert von Bildnissen im Zusammenhang mit Straftaten	504
e) Der Informationswert von Bildnissen mit Bezug zu sozialschädlichem Verhalten	514
f) Zum abgeleiteten Informationswert und der sogenannten Begleiterrechtsprechung	516
aa) Zum Fortbestand der Begleiterrechtsprechung unter dem abgestuften Schutzkonzept	518
bb) Zum abgeleiteten Informationswert aus anderen Personen . .	519
g) Der Informationswert von Bildnissen mit Kunst- und Satirebezug	522
aa) Zum Verhältnis von § 23 I Nr. 1 KUG und § 23 I Nr. 4 KUG . .	526
bb) Zu satirischen Bildnisveröffentlichungen	530
cc) Resümee und Stellungnahme zum Verhältnis von Zeitgeschichte und Kunst	531
h) Der Informationswert von wissenschaftlichen Bildnissen	536
aa) Analoge Anwendung des § 23 I Nr. 4 KUG bei rein wissenschaftlichen Zwecken	537

bb) Grundsätzlich strenge Maßstäbe bei wissenschaftlichen Bildnisveröffentlichungen	538
i) Der Informationswert von zeittypischen Zustände und Lebenslagen und der Kernbereich der Privatsphäre	541
j) Der Informationswert von Bildnissen Minderjähriger und sogenannten Eltern – Kind Beziehungen	542
aa) Abbildungen von Momenten der elterlichen Hinwendung . . .	543
bb) Abbildungen von Begleitsituationen	544
cc) Niederschlag der Grundsätze auf das räumliche Sphärenendenken	545
dd) Grenze der bewussten Zuwendung Minderjähriger	546
ee) Strengere Maßstäbe für Wort-Bild Kombinationen bei Bildnissen Minderjähriger	549
ff) Resümee und Stellungnahme zu Veröffentlichungen von Bildnissen Minderjähriger	549
(1) Zur Ablehnung der Zeitgeschichtlichkeit von Minderjährigenbildnissen	549
(2) Zum Verhältnis der bewussten Zuwendung zur konkludenten Einwilligung	553
k) Der Informationswert höchstpersönlicher Bildnisse	556
aa) Abbildungen von Momenten der Unkontrolliertheit	558
bb) Abbildungen im Zusammenhang mit krankhaften Zuständen	558
cc) Abbildungen mit Bezug zur Nacktheit und Sexualität	559
l) Der Informationswert peinlicher oder bloßstellender Bildnisse . .	562
m) Der Einfluss des Veröffentlichungskontexts auf den Informationswert	564
aa) Die Kombination eines Personenbildes mit (Sprach-)Text . . .	564
(1) Die erste Verfahrensserie über Caroline von Hannover . . .	565
(2) Die zweite Verfahrensserie über <i>Charlotte Casiraghi</i> . . .	568
(3) Divergenzen von höchstrichterlicher und verfassungsrichterlicher Rechtsprechung	570
(4) Eigener Vorschlag zur Funktionalität von Bild und (Sprach-)Text	572
bb) Einfluss des Wahrheitsgehalts einer Bildnisveröffentlichung auf den Informationswert	579
(1) Fortwährende Unsicherheiten mit Bildnismanipulationen	585
(2) Eigene Erwägungen zum Wahrheitsgehalt von Bildnisveröffentlichungen	586
cc) Werbender Kontext der Bildnisveröffentlichung	587
(1) Die Ausnutzung des Image- und Werbewerts des Abgebildeten	590

(2) Der Einfluss des Schutzes vermögenswerter Persönlichkeitsrechtsbestandteile	594
(3) Resümee und eigene Erwägungen zu werbenden Bildnisveröffentlichungen	597
(a) Ablehnung des normhierarchischen Arguments des BGH	599
(b) Kritik an der Abbildendenmotivation mittels der Schwerpunktlösung	601
(c) Kritik an einer Differenzierung anhand verschiedener Rezipientenmotivationen	603
(d) Die Stigmatisierungswirkung als entscheidendes Kriterium	603
dd) Der Geheimhaltungswille des Abgebildeten	608
n) Einfluss des Herstellungskontexts auf den Informationswert . . .	609
III. Verhältnis der anderen Nummern des § 23 KUG zu § 23 I Nr. 1 KUG .	610
1. Bilder von Versammlungen, Aufzügen und ähnlichen Vorgängen gem. § 23 I Nr. 3 KUG	611
a) Bilder von Demonstrationen und Bildnisse von Demonstranten .	612
b) Bildnisse von Polizeibeamten	614
2. Bilder, auf denen Personen als Beiwerk erscheinen gem. § 23 I Nr. 2 KUG	615
IV. Die Selbstöffnung bzw. -begebung des Abgebildeten durch mediales Vorverhalten	616
1. Allgemeine Erwägungen zur Verortung des medialen Vorverhaltens in § 23 II KUG	628
2. Niederschlag des Selbstöffnungsgedankens in den Normen des Bildnisrechts	629
3. Das öffentliche Vertrauen als Maßstab für die Reichweite des widersprüchlichen Vorverhaltens im Bildnisrecht	631
4. Rückgriff auf den <i>venire contra factum proprium</i> -Grundsatz zur Ermittlung von Kriterien zur Ermittlung des öffentlichen Vertrauens	637
5. Eingeschränkte Übertragbarkeit vertrauensschützender Erwägungen aus dem <i>venire contra factum proprium</i> in das (Persönlichkeits-)Recht am eigenen Bild	638
6. Abwägungskriterien zur Ermittlung eines Vertrauenstatbestandes für die Selbstöffnung im Bildnisrecht	640
a) Eigene Veranlassung und nach außen erkennbare Motivation des Abgebildeten als Indizien einer freien Selbstdarstellung . . .	640
b) Vertrauensbildung anhand erkennbarer Kontrollmöglichkeiten des Abgebildeten	643
c) Konsistenz und Kontinuität des Vorverhaltens	646

d) Die Privatheit als Maßstab für die Anforderungen des selbstöffnenden Vorverhaltens	647
e) Erkennbare Grenzziehung durch den Abgebildeten	650
7. Resümee der Erkenntnisse zur Selbstöffnung	653
8. Das öffentliche Interesse am Widerspruch	656
9. Folgen einer Selbstöffnung im Bildnisrecht	657
a) Ablehnung einer individuellen Sphärenverschiebung für den strafrechtlichen Bildnischutz	657
b) Ungültigkeit der Geltendmachung widersprüchlicher Interessen im Einzelfall	659
V. Resümee und Schlussfolgerungen zu einwilligungslosen Bildnisveröffentlichungen	659
1. Kritik am abgestuften Schutzkonzept des BGH	660
2. Vorschlag eines Drei-Stufen-Modells zur Ermittlung des Informationswerts	661
 Kapitel 4: Der strafrechtliche Bildnischutz in modernen Darstellungsszenarien de lege ferenda	665
<i>A. Unzulänglichkeiten des geltenden strafrechtlichen Bildnissschutzes in § 33 KUG</i>	666
<i>B. Eigener Vorschlag</i>	667
I. Tatobjekt: Wirklichkeitsnahe Bilddarstellung	667
II. Tathandlung: Zugänglichmachen gegenüber einer dritten Person	669
III. Kausale Verletzung des persönlichen Lebensbereichs	669
IV. Streichung des Erfordernisses einer kausalen erheblichen Ansehensschädigung	671
V. Anknüpfung an überwiegende berechnete Interessen im Sinne des § 201a IV StGB	673
VI. Anknüpfungsmöglichkeit für widersprüchliches Vorverhalten als Selbstöffnung	674
VII. Hinreichend klares Verhältnis zum Datenschutzrecht	674
VIII. Sonstige Vorzüge im Hinblick auf das Cyberstalking	674
 Schluss	675
<i>A. Rekapitulation der gewonnenen Erkenntnisse</i>	675
<i>B. Ausblick zur Notwendigkeit des strafrechtlichen Repräsentationsschutzes</i>	676
 Literatur	679
Sachregister	733